

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

No. 277.

Altensteig, Montag den 27. November.

Jahrgang 1922

Regierungserklärung und die Parteien.

Die Kanzlerrede Dr. Cuno's am Freitag hat im Reichstag guten Eindruck gemacht und findet im deutschen Volk einen warmen billigen Widerhall. Diese „christliche und sachliche“ Politik nach allen Seiten, die „Nahrung, das heißt nicht Zeit zum Reden, sondern zum Handeln da sei“, wird überall Verständnis finden. Sympathisch berührt dieses Programm der Selbsterhaltung der Nation in allen Einzelheiten, zumal es von sachlichen Gesichtspunkten getragen ist und starkes vaterländisches Empfinden verriet. Wie der Inhalt der Rede klar und eindeutig war, so auch die Form, der aller rhetorischer Schmuck fehlte. So kam es, daß der Kanzler an vielen Stellen Zustimmung und am Schluß lebhaften Beifall ernten konnte, zumal bei der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte, auf deren Unterstützung das neue Kabinett rechnen kann. Und die Fäden, die der Kanzler zur Sozialdemokratie knüpfte, sollten auch auf dieser Seite ein Entgegenkommen anbahnen.

Der frühere Unabhängige Breitscheid von der Vereinigten Sozialdemokratie hat als erster Redner neben manchem kritischen, das sich zwar weniger gegen das Programm als gegen die Minister Dr. Beder, Dr. Müller von Rosenfeld richtete, doch das erlösende Wort gesprochen, daß die Sozialdemokratie die Erklärung der Regierung billigt. Dies soll aber nach den Worten Breitscheids bedeuten, daß sie kein Vertrauen zu ihr hat, sondern nur eine Bewährungsfrist gestattet.

Die Redner aus der Arbeitsgemeinschaft der Mitte des Reichstages sprachen ihre Zustimmung zum Regierungsprogramm aus. Die Kommunisten kündeten der „Stinnesregierung“ Opposition an, während die Deutschnationalen durch Herzt ihre Entscheidung der Regierung gegenüber von Fall zu Fall vorbehalten.

Die Annahme des von der Demokratie eingebrachten Vertrauensvotums in Form einer Zustimmungserklärung war somit von vornherein gesichert und umfaßte die Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen. Eine seltene Einmütigkeit!

Der politische Kampf der Sozialdemokratie gegen den neuen Ernährungsminister Dr. Müller erforderte bereits ein erstes Opfer des Kabinetts. Trotzdem die Untersuchung einwandfrei erwies, daß Dr. Müller-Bonn sich nicht an verächtlichen Bewegungen im Rheinlande beteiligte, ist er zurückgetreten, um die sachliche Arbeit des Kabinetts auf dem Gebiete des Ernährungswesens und im Zusammenarbeiten mit den Parteien zu erleichtern. Der Brief Dr. Müllers an den Reichspräsidenten ebnet gerichtet dem geizigen Mann zur Ehre.

Hoffen wir, daß nun auch bei den Parteien die Politik des Kanzlers zu sachlicher und ehrlicher Politik nachahmung findet. Sein Verhalten im Fall Dr. Müller zeigt seine völlige Beherrschung der Sache in offener Neutralität.

Berlin, 24. Nov.

Abg. Breitscheid (Soz.) erklärt, die Regierungskrise sei entstanden, weil der wiedererwartete Kapitalismus mit Erfolg bemüht war, den Einfluß der Sozialdemokraten zurückzudrängen und den Einfluß des Bürgeriums zu stärken. Mit der Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft war der Keim zu der letzten Regierungskrise gelegt. Die Sozialdemokratie mußte die Aufnahme der Volkspartei ablehnen, darüber fürste das Kabinett Birt. Der Redner stellt fest, daß die Sozialdemokraten vertrauensvoll mit Birt zusamen gearbeitet haben. Der Verlauf der Krise hat bewiesen, daß die alte Koalition der einzige mögliche Weg in den gegenwärtigen Schwierigkeiten war. Niemand glaubt jedoch, daß das Kabinett Cuno nur ein Notbehelf ist (der Reichskanzler nicht). Wir sehen heute schon einen weiteren Cuno vor uns (Heiterkeit). Ist es mit dem Parlamentarismus vereinbar, daß an der Spitze der Regierung ein Mann steht, der dem Parlament nicht angehört? Für uns wäre es eher tragbar, wenn die Arbeitsgemeinschaft die Regierung übernommen hätte. Ich würde lieber Herrn Strefemann an der Stelle Cuno's sehen, das hätte viel klarere Verhältnisse ergeben. Der Brief des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten klang etwas italienisch, wenn Herr Cuno auch kein Mussolini ist. Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts zeigt, daß es kein Kabinett über den Parteien ist, sondern ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft. Herr Cuno ist uns das Achaemenid, das seine

Stöße deckt (Heiterkeit). Die Aufrechterhaltung der Republik, auf welche Herr Birt sehr viel Wert legt, hat Herr Cuno in einem kleinen Nebensatz abgetan. Mit der Tendenz der Reparationsnote, daß von Deutschland bestimmte Leistungen gefordert werden sollten, ist auch die Sozialdemokratie einverstanden. Wir billigen es, daß die Regierung die Note zur Grundlage ihrer Politik macht. Damit erklären wir aber nicht, daß wir auch das Vertrauen zu dem Kabinett haben, er werde diesen Kurs einhalten. Dem Uebergang in die freie Wirtschaft werden wir unsere Unterstützung nicht gewähren. An dem Grundgedanken des Achtstundentags darf nie gerüttelt werden (Abg. Dr. Helfferich (D.nat.)): Da haben wir es, und wenn die Welt darüber zu Grunde geht. Wir unterstützen die Regierung, wenn sie für die Heilbegünstigung des deutschen Handels eintritt. Ein Mann, der sich als Industriekapitän einen Namen gemacht, versteht es noch lange nicht, die Interessen der Volkswirtschaft zu vertreten und wo hind denn die Volkswirtschaftler? (Abg. Höllein, Komm.): Weinwirtschaftlicher Herms! (Heiterkeit). Im besten Falle senden sie ihre Sündel und junge Leute. Der Redner behauptet, daß der Ruf des neuen Ernährungsministers Müller-Bonn in der Rheinprovinz nicht sein sei. Von dem Mehl, das Herr Müller mahlt, werde das Volk kaum satt werden. Er sei ein Monarchist, der die Hohenzollern wieder haben wolle. Am 4. August 1919 habe in Köln eine Versammlung stattgefunden, dabei sei eine Resolution zur Herbeiführung der Rheinischen Republik angenommen worden. Für die Durchführung der Resolution sollte in erster Linie der gegenwärtige Ernährungsminister sorgen. (Stürmisches hört, hört! links.) Es sei einfach unerhört, daß ein solcher Mann im Kabinett sitze, vor dem man nicht zweifelsfrei wisse, ob er sich nicht des Landesverrats schuldig gemacht habe. (Lebhaftes hört, hört! links und Bewegung.) Der Redner droht auch mit Mittelungen gegen den Syndikus Dr. Brand, der als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in Frage komme. (Unruhe.) Gegen Dr. Beder-Hessen seien die schwersten Bedenken zu erheben, er werde Deutschland unter die Herrschaft der Großbetriebe und Syndikate bringen. Gegen ihn sei schärfste Opposition geboten. An den Namen des Außenministers von Rosenberg knüpfen sich die Verträge von Brest-Litovsk und Bukarest. Das sei kein Ruhemittel. Wenn im Winter Hungerrevolten entstehen, werde der Kanzler mit dieser Schiffmannschaft nicht den vorgenommenen Kurs steuern können. (Beifall links.)

Abg. Marx (Zentr.) verlangt unter dem stürmischen Beifall des Hauses, daß mit diesem Parteigang endlich aufgehört werde. Gerade die Sozialdemokratie, die das Scheitern der Koalition verursacht habe, habe am wenigsten das Recht, Vorwürfe zu erheben. Auch die Sozialdemokraten haben außerhalb der Koalition mit den Unabhängigen ein Verhältnis angeknüpft. Wie können die Sozialdemokraten es verantworten, einen solchen Mann wie Birt gefürst zu haben. (Lärm bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Lüge!) Hier bezeichnet man die Koalition mit der Deutschen Volkspartei als unmöglich, in der man sich in Preußen seit vielen Monaten befindet. Herr Breitscheid war einverstanden mit dem Wirtschaftsprogramm (hört, hört!). Jetzt spricht er auf einmal von einem Sieg des Kapitalismus. (Erneutes hört, hört!) Niemals sind kapitalistische Gründe maßgebend gewesen, wenn es sich um die Aufnahme der Deutschen Volkspartei handelte, sondern nur sachliche. Wir müssen dem Auslande möglichst geschlossen gegenüberstehen. Die Sozialdemokraten haben aber einen wichtigen Augenblick verpaßt. Das neue Kabinett ist kein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft, keine ist gebunden. Ein schwerer Winter steht bevor. Der Redner erklärt sich bereit, die Regierung mit Freuden bei der Durchführung ihres Programms zu unterstützen. Er dankt den Rheinländern für ihre Treue und erhebt Protest gegen die Entscheidung der Entente über das Memelgebiet. Er wünscht dem neuen Reichskanzler den besten Erfolg, namentlich den eines großen einigen Deutschland. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Herzt (D.nat.) gibt im Namen der Deutschnationalen Fraktion eine Erklärung ab, in der hervorgehoben wird, daß das Kabinett Birt an der Schwäche seiner Politik zusammengebrochen sei. Diese Erfüllungspolitik auf Kosten des Bestandes des deutschen Volkvermögens dürfe nicht fortgesetzt werden. Ein Fortschritt der Entwicklung sei, daß der Kanzler nach der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten gleichwohl den Entschluß einer Regierungsbildung auch ohne die Sozialdemokraten gefunden habe. Zu begrüßen sei auch die Tatsache, daß die Kabinettsmitglieder zum Teil außerhalb der Parteien stehen. Das sei ein neuer Beweis für die Mängel des bisherigen parlamentarischen Systems. Die Note an die Reparationskom-

mission sei nur ein erster Schritt der Umstellung von der bisherigen Politik der Passivität zur tatkräftigen Selbsthilfe, die uns allen Rettung bringen könne. Der Reichskanzler hat auch recht, daß es nicht um Worte gehe, sondern um Arbeit und Taten. Der Redner billigt, daß die neue Regierung mit allen Machtmitteln die Ordnung und die Autorität des Staates wahren und gegenüber Aufruhr und Gewalt auf dem Plan sein will. Der Redner begrüßt die warmen Worte des Kanzlers für das pflichttreue Beamtentum und die angeklagte Fürsorge für die notleidenden Schichten der Bevölkerung und den Mittelstand. Möge endlich wieder gleiches Recht für alle gelten. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion beschloß, sich ihre Entscheidung von Fall zu Fall vorzubehalten, entschlossen, wenn es sein müsse, auch weiter in der Opposition zu verharren und dabei, wie bisher, positive Arbeit zu leisten. Die Bildung der neuen Regierung eröffne die Möglichkeit einer Besserung unserer politischen Lage. Ob das ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte sein werde, hänge von der Regierung ab.

Abg. Schiffer (Dem.) erklärt, er wisse nicht, ob er dem Reichskanzler zu der freundlichen Begrüßung durch die Deutschnationalen gratulieren könne. Die Demokraten werden dem Kanzler ihr Vertrauen aussprechen, sich aber die Freiheit der Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Sie werden alles vermeiden, um Schwierigkeiten zu machen. Der Ernst der Stunde macht die Zusammenfassung aller Kräfte notwendig. Hoffentlich werden sich auf der Grundlage des Regierungsprogramms die breiten Massen zusammensuchen. Der sozialdemokratische Redner habe parteitaktische Erwägungen in den Vordergrund gestellt, die dem Ernst der Lage nicht entsprechen. Der Redner regt an, eine Prüfung des Wahlrechts vorzunehmen und festzustellen, ob es den Erfordernissen eines starken Reichstages genügen könnte. Er wendet sich gegen die schwarze Schmach im besetzten Gebiete und bepricht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch entschlossene Maßnahmen gemildert werden müßten. Immer wieder müsse betont werden, daß der Versäler Vertrag eine Vergewaltigung sei.

Inzwischen ist folgendes Vertrauensvotum der Demokraten eingegangen:

„Der Reichstag hat die Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen und gebilligt, daß f. die Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Abg. Könen (Komm.) weist dem Reichstag vor, er veranstalte ein wenig würdiges Theater. Da sei der in Berlin tagende Betriebsrätekongress ein ganz anderes Parlament.

Reichsernährungsminister Müller-Bonn weist darauf die Äußerungen des Abg. Breitscheid, der von Landesverrat und Zuchtmaß gesprochen habe, mit aller Entschiedenheit zurück, da sie unwahr seien. Der Minister legt dar, daß er im Jahre 1919, wie viele angesehenen Männer im Rheinlande, lediglich dahin getrieben habe, den Rhein dem Verband des Deutschen Reiches seiner Eigenart entsprechend einzuverleiben. Der Minister gibt zu, daß sich in diese legale Bewegung Persönlichkeiten eingeschoben hätten, mit denen kein guter Deutscher etwas gemein haben könne. Da habe er sich aber von der ganzen Bewegung sofort losgelöst. Wenn er das Umlagegesetz auch bekämpft habe, so habe er doch nie geraten, das zustandgekommene Gesetz zu mißachten. Es sei seine erste Pflicht, alle Mittel dazun zu setzen, um die Umlage im Wege vertraulicher und verständnisvoller Zusammenarbeit mit der deutschen Landwirtschaft herbeizuführen.

Abg. Sölmann (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Ministers Müller. Darnach wurde ein Aktionsausschuß gegründet, der verfassungswidrig im Rheinland eine sofortige Abstimmung in die Wege leiten wollte. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde der jetzige Reichsminister Dr. Müller gewählt.

Reichskanzler Cuno erklärt, daß die Angelegenheit auf Wunsch Dr. Müllers untersucht werden wird und daß die Untersuchung von objektiven Gesichtspunkten aus geführt werde. Ueber das Ergebnis wird dem Hause Mitteilung gemacht werden.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Samstag 10 Uhr vertagt.

Die Samstag-Sitzung.

Berlin, 25. Nov.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung, die wegen einer Kabinettsitzung verspätet beginnt, um 10.35 Uhr.

Die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) bedauert, daß der Reichskanzler noch nicht erschienen ist (Lachen). Ledebour bedrückt dann die Kontroversen zwischen dem

Reichstag abgeordneten Breitheid und dem Ernährungsminister Müller-Vonn. Das ist bei der Untersuchung gegen den Minister herausgekommen? Der Redner bespricht dann die Regierungsbildung und sagt dem Kabinett Cuno ein baldiges Ende voraus. Wir haben gar kein parlamentarisches Regime. Im wirklichen parlamentarischen Regime muß die Regierung aus dem Kampf des Parlaments hervorgehen. Es ist nur zu einem Stuhndel gekommen. Das Vertrauensvotum ist deshalb so milde abgefaßt, weil man die Sozialdemokraten dafür einsparen will. Die Regierung muß vom Parlament kontrolliert werden.

Reichskanzler Cuno gibt darauf folgende Erklärung ab: Eine Angelegenheit, die gestern das Haus beschäftigte und mit schweren Vorwürfen gegen den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausklang, gibt mir Anlaß zu folgender Mitteilung: Ich habe die Abschrift eines Briefes von Herrn Dr. Müller erhalten, den er heute an den Herrn Reichspräsidenten geschickt hat. Der Reichskanzler verliest diesen Brief, in welchem es heißt:

„In der gestrigen Sitzung des Reichstags sind von dem Vertreter einer großen Partei schwere Vorwürfe gegen mich erhoben worden, die darauf hinauslaufen, daß ich in einer großen Frage nicht einwandfrei gehandelt habe. Das Kabinett hat auf meine Bitte in der vergangenen Nacht die Angelegenheit geprüft und festgestellt, daß wegen meiner damaligen Haltung keinerlei Zweifel an meiner vaterländischen Gesinnung gerechtfertigt sind. (Hört, hört! links.) Ich will feststellen, daß meine damalige Tätigkeit auf verfassungsmäßigem Boden zur Erreichung höchster vaterländischer Ziele bestand. Ich bin dem an mich ergangenen Ruf, in das Reichskabinett einzutreten, gefolgt in der Überzeugung, daß jeder seine letzte Kraft hergeben muß auf dem Gebiet, das er beherrscht. In demselben Sinn stelle ich mein Amt jetzt wieder zur Verfügung. Die gestrigen gegen mich erhobenen ungerichteten Vorwürfe haben eine solche Atmosphäre politischer Gegensätze geschaffen, die eine sachliche Lösung der Ernährungsprobleme so weit hinauschiebt, daß ich die Verantwortung dafür nicht mehr übernehmen kann. Ich gebe meinen Posten zurück. Dadurch erhalte ich die Freiheit, die Sache auszutragen, wie ich es als Minister nicht tun könnte.“

Der Reichskanzler fährt dann fort: Dieser Brief spricht für sich selbst. Der Reichskanzler stellt dann weiter fest, daß der Justizminister in der vergangenen Nacht die gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe geprüft habe. Hierbei hat der Abgeordnete Soltmann-Röln (Soz.) erklärt, er könne selbst nicht behaupten, daß Müller zu irgend einer Zeit die Lösung der Rheinlande gewollt habe. Die Vorwürfe gegen die vaterländische Gesinnung Dr. Müllers scheiden damit aus. Trotzdem bestreite Dr. Müller auf seinem Rücktritt, weil ihm die zutage getretenen Gegensätze die Konzentration aller Kräfte auf sein hochbedeutungsvolles Amt unmöglich machen würden. Der Reichskanzler erklärt, daß er zu seinem Bedauern das Gesuch Dr. Müllers unterliegen müsse, weil in dieser Zeit unfruchtbarer, Parteienkampf vermieden und fruchtbarer Arbeit geleistet werden müsse. Er hoffe, daß das Kabinett bald ergänzt sein werde und appellierte an die verständige Mitarbeit des Reichstags. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Stresemann (D. Sp.) erinnerte daran, daß Dr. Müller das Amt des Syndikus der rheinischen Landwirtschaftskammer bekleidet habe, die wohl gegen den Verdacht gefestigt sei, daß sie irgendwie antinationale Tendenzen verfolge. (Zurufe bei den Soz.) Der Redner erwähnte die Linke, den politischen Kampf doch nicht zu vergessen. Man müsse in einem Augenblick, in dem das Rheinland mehr als je bedroht ist, alle Kräfte im Rheinland zusammenschließen. Bei der Schaffung der großen Koalition habe die Deutsche Volkspartei keine Schwierigkeiten gemacht. Jeder müsse die Verantwortungsbewusstheit des Reichskanzlers anerkennen, sogar der „Vorwärts“ widmete ihm freundliche Worte. Der

Postbezieher

unserer Zeitung, welche diese monatlich bezahlen, dürfen es nicht vergessen, den Bezug für Dezember sofort zu erneuern, damit am 1. Dezember keine Störung in der Zustellung unserer Zeitung eintritt.

Redner dankte auch dem Augenminister Dr. Rosenberg für die Amtsübernahme. Zu den von Dr. Becker seinerzeit entworfenen neuerpolitischen Grundrissen hat sich auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüch und sein Kabinett bekannt, dem auch Sozialdemokraten angehörten. Man will die Volkspartei identifizieren mit einem der hervorragenden Vertreter der Wirtschaft. Herr Bernstein hat ja schon einmal davor gewarnt, Herrn Brüch zum politischen Andersredner zu machen. Solche Männer in unserer Partei dürfen für Sie (zu den Soz.) kein Grund sein, Ihre Mitarbeit abzulehnen. Wir wollen die freie Wirtschaft. Das Marktproblem ist der Gradmesser des Vertrauens des Auslands in die deutsche Volkswirtschaft. Eine Produktionssteigerung würde eine Marktwertsteigerung zur Folge haben. Wer demokratisch denkt, kann doch keine Freude an Bestimmungen haben, die auf der Basis von Ausnahmegesetzen das Recht des Einzelnen antasten und beschränken. Außenpolitisch sehe ich keinen Ausweg, der uns vor dem Schwersten bewahrt, es sei denn unsere einmütige Geschlossenheit. Nur der Weg des Zusammenarbeitens stellt eine Lösung in Aussicht, nicht der Weg des Pazifismus. Vom Völkerbund haben wir nichts zu erwarten. Die Sozialdemokratie ist überall einflusslos. In einem gemeinsamen Zusammengehen gegen ein Ueberhandnehmen des Bolschewismus in Deutschland, in Europa, begriffe ich die Verbundenheit der weltwirtschaftlichen Interessen, in der ich den einzigen Weg zum Wiederaufbau Deutschlands erblicke. Wenn Frankreich Deutschland immer tiefer in das Glend treiben will, dann schwindet jede Aussicht auf Reparationen. Dann wird der Franken das Schicksal des Rubels, der Krone und der Mark teilen. Eine Politik des Wiederaufbaus unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft, die wir sonst begrüßen, ist mit der französischen Sanktionspolitik nicht vereinbar. Wir müssen endlich ein Definitivum schaffen, dessen Forderung ich in der Kanzlererklärung gestern vermisste. Auch gegenüber Frankreich ist aktive Politik notwendig. Das Remettieren muß wieder zu uns gehören. Der Redner billigt das Programm des Kanzlers und fordert Zusammenfassung aller Kräfte in dem einen Gedanken für Volk und Arbeit.

Abg. Reich (Bay. Sp.) fährt der Entente die deutsche Rot vor Augen und begrüßt die Erklärung des Reichskanzlers zum Föderalismus.

Inzwischen ist ein kommunistischer Mißtrauensantrag eingegangen.

Abg. v. Graefe (Deutschböllisch) erklärt, daß seine Parteigruppe draußen im Lande eine stärkere Vertretung habe als ihre geringe Vertretung hier im Reichstag vermuten lasse. Es wolle sie sich draußen eine Bewegung, die auch auf die spätere Zusammensetzung des Reichstags Einfluß haben werde. (Zuruf links: Auf-sollt.) Wenn der neue Kanzler die alte Politik fortführen will, worin war dann der Wechsel notwendig?

Leserbrief:

Dein Auge kann die Welt trüb oder hell dir machen; Wie du sie ansiehst wird sie weinen oder lachen. Rüdert.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Diebig.

(81)

(Nachdruck verboten.)

Die ganze enge Komurke erfüllte Afliederduft. Im Lehnstuhl am Fenster sah Nelba, an ihre Seite war ein Tischchen gerückt; darauf stand ein Fließerkrank, üppige blaue Dolden mit fastig grünen Blättern. In ihrem Schoß, auf der über die Anie gebreiteten Decke, lag ein Buch, aber sie las nicht darin. Träumend hielt sie den Kopf an die hohe Lehne gedrückt, ihre Finger drehten einen Blütenstengel hin und her. Sie freute sich daran. Als sie trank wurde, da stand der Fließer noch in unscheinbaren Knospen; jetzt waren drei Wochen vergangen, viel Sonne war gekommen, er blühte über und über.

Sie lächelte. Drüben der Star pfliff nicht mehr, er hatte eine Gelegenheit erwischt und war davongeflogen — heidi, wie ein dunkler Punkt schoß er hinauf in die Luft. Oh, er konnte doch noch fliegen! Der Schuster stachte und lamentierte, Nelba hatte es über den Hof schallen hören und sich freudig die Hände gerieben — der Vogel war fort, er war frei! Sie glaubte sein glückseliges Lied überm Hof, hoch über dem rauchigen Dach zu hören.

War das eine selbige Ermattung in den Gliedern, und dabei doch ein Gefühl wiedererwachender Kraft, ein warmes Fluten in den Adern! Der Kopf war frei, noch eine süße Müdigkeit darin, aber die Gedanken klar, heiter, wie seit lange nicht. Es war doch schön zu leben, gesund zu sein; die Welt sah ganz anders aus als vor Wochen. Selbst in dies enge Fenster drang ein ganzer Strom von Licht. Sie sah darin wie gebadet und blinzelte schlaftrig. Und die Mutter war so vergnügt, man sah ihr an, wie froh sie war, ihre Tochter wieder gesund zu haben.

„Beleibe dich von der Berg sprechen, sie hat sich zu sehr altert; Schwamm drüber“, flüsterte Schmolle hinter der angelehnten Tür Frau Rüdert zu. „Man ja nicht!“

„Ich höre alles“, hatte Nelba mit trarer Stimme gerufen. „Bitte, Herr Schmolle, kommen Sie herein!“

Schmolle kam, ganz gerührt, sehr erregt. Das große blonde Mädchen da im Lehnstuhl, dem das schlichte schneidete Haar in zwei langen Zöpfen über den Rücken hing, gefiel ihm ungemein. „Na, Gott sei Dank, Rüdert, was haben Sie denn für Geschichten gemacht?“ Er hätte sie in seiner Herzensfreude am liebsten auf die Stirn geküßt, aber er traute sich nicht.

„Herr Schmolle“, sagte Nelba und sah ihn durchdringend an, „sagen Sie mir die Wahrheit, ist Fräulein Berg ordentlich begraben worden?“

Der gute Schmolle fuhr auf, als hätte er sich auf einen hohlen Zahn gebissen — kam sie schon wieder mit der Unglücksgechichte? „Natürlich“, stotterte er eilig. „Man ja nicht aufregen, Nelbchen, um Gottes Willen nicht! Sie ist begraben, natürlich, und sehr anständig, auf mein Ehrenwort! Und was den Schlicher, den Müller anbelangt, wissen Sie was, der hat sich dünne gemacht; er hat gekündigt und sich die Sachen haken lassen, er mußte vorderhand zu Hause bleiben. Na, so dumm! Ich habe ihm 'nen Brief geschrieben und mal durch die Blume gewinkt — puh, der denkt, Schmolle läßt sich begimpeln! Jawohl! Am neuen Tor wohnt er; kann ja gar nicht so weit von der Charité ziehn, aber fröhe am liebsten in 'n Kauflosh!“

„Sie meinen wirklich, Herr Schmolle?“ Nelba beugte sich vor und faßte nach seinem Arm. „Sie meinen, Doktor Müller und Fräulein Berg —“

„Ich meine gar nicht, ich sage nur: Schubiad! So 'nem armen Balg von Liebe reden und sie dann sitzen lassen — ja, ja, das ist so die Manier! Hat dann eine nicht genug Docht in sich, na dann —! Aber Schwamm drüber, was reden wir davon?! Regen Sie sich nicht auf! Sie haben sich doch nicht etwa aufgeregt, Nelbchen?“

Sie faltete die Hände. „Gott, sei du ihr gnädig!“ Und dann ließen ihr die Tränen über die Wangen, und Herr Schmolle konnte sich gar nicht halten, er zog das große leidene Taschentuch — gelb war's mit rotem Rand — und sämtezte sich unständlich.

Die rasch die Tage flogen, halb verchlaffen, halb verträumt! Eben kam die Rüdert herein.

Trotz aller Sympathie gegenüber den Verbannten können wir dem Kabinett doch unser Vertrauen nicht ausprechen, weil hinter dem bürgerlichen Bloß das nationale bürgerliche Herz fehlt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen den Barredner. Von der bürgerlichen Bewegung werde kein Wiederaufbau kommen, denn diese Helmschilde seien nicht für Arbeit gewesen. Das habe sich in Oberschlesien gezeigt, sondern es waren Pferdediebe und Straßenräuber. (Zustimmung links und rechts.) Der Redner verteidigt dann die Haltung seiner Partei gegenüber den Angriffen. Seine Partei habe das Kabinett nicht gestürzt, Admiral von Scheer von der Deutschen Volkspartei habe in der „Röln. Volkszeitung“ geschrieben, die Deutsche Volkspartei sei in der Reichsregierung die Schrittmacherin für die Deutschnationalen. Bei dieser Sachlage war an eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht zu denken. Alle Schritte der Regierung zur Stabilisierung der Mark werden auch von den Sozialdemokraten unterstützt werden. Der Boden der sachlichen Opposition soll nicht verlassen werden.

Darauf wird auf Antrag Peterfen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluß der Besprechung beschlossen. Persönlich gibt der Abg. Soltmann-Röln (Soz.) noch eine Erklärung zu der Angelegenheit Müller-Vonn ab, er bestreitet, daß er von seinen Vorwürfen gegen Dr. Müller irgend etwas zurückgenommen habe, wie man aus den Worten des Reichskanzlers entnehmen könne.

Die Abstimmung.

Das Mißtrauensvotum der Kommunisten wird gegen die Kommunisten und die Gruppe Ledebour abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wird darauf das Vertrauensvotum Dr. Peterfen mit gewaltiger Mehrheit gegen die Kommunisten und Deutsch-Böllischen angenommen. (Großer Lärm bei den Linksradiakalen und Drohrufe des Abg. Höllein.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 4. Dezember, nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen und kleine Vorlagen.

Die deutschen evang. Kirchen gegen Versailles.

ep. Der deutsche evangelische Kirchenausschuß hat als Organ des deutschen evang. Kirchenbundes bei seiner Novembertagung beschlossen, sich mit einem Schreiben an die evang. Kirchen des Auslandes zu wenden, worin er sich vom christlichen Standpunkte aus aufs entschiedene gegen das Unrecht und die Unwahrscheinlichkeit von Versailles wendet. Das Unrecht erblickt er darin, daß durch die Bestimmungen und Wirkungen dieses „Friedens“ des wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Leben Deutschlands der Vereindung ausgeliefert und das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben wird. Die Unwahrheit wird darin gesehen, daß diese unmensliche Behandlung auf Grund der durch und durch unhaltbaren Behauptungen des Friedensvertrages über Deutschlands Schuld am Kriege und auf Grund eines mit den schwersten Strafen bezogenen Schuldkenntnisses als gerechte Drohung gestellt und all dies steht in schreiendem Widerspruch zu der Forderung, daß christliche Grundsätze auch im Völkerleben anzuwenden seien. Die dankenswerte Hilfe, die durch christliche Brudervereine aus der Mitte anderer Völker den deutschen Volksgenossen widerfähre, helfe nicht, wenn nicht die materiellen und geistigen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und seiner altererblichen christlichen Kultur wieder gesichert werden. Hiesfür einzutreten sei Christenpflicht nicht nur für die Vertreter der deutschen evang. Kirchen, sondern auch für die Glaubensgenossen in fremden Ländern.

„Mama“, hat Nelba, „gib mir Papier und Tinte, ich muß an Agnes von Osten schreiben, es läßt mir keine Ruh. Was wird sie denken, sie hat so lange nichts von mir gehört!“

„Gleich, gleich, ich stude, sie hätte auch mal zu dir kommen können. Aber natürlich, wenn die Leute so im Glück sitzen — halt, hat es da nicht geklingelt? Ach herseh, nun muß man wieder rennen, die Marie ist aus!“ Sie fürzte fort, und Nelba rückte sich zurecht und überlegte, was sie an Agnes schreiben wollte.

Da stredte die Mutter schon wieder den Kopf zur Türspalte herein und wisperte in aufgeregtem Flüsterwort: „Nelba, Frau von Osten ist da. War die erschrocken, als ich sagte, du wärest krank gewesen! Sie will dich à tout prix sprechen. Jetzt hab ich's aber satt mit der Wohnung hier, man muß sich schämen, wenn einer kommt! Kannst du nicht vornehm kommen? Versuch mal, hier kam ich ist doch unmöglich hereinbringen!“

„Bring sie nur!“ Nelba das Bild streifte lächelnd die lahle Kammer: so häßlich dünkte ihr die heute gar nicht. Die Hände waren von Sonnengold bestrahlt, und der Fließerstrauß duftete.

„Ach, liebe Agnes!“ Sie streckte die Arme aus. — Eine Stunde war vergangen, die beiden Freundinnen saßen noch beieinander. Agnes kauerte auf dem niedrigen Stuhl, Nelba gegenüber, den Kopf auf die Brust gekleid; unauffällig stießen ihr die Tränen.

„Und das willst du dir alles gefallen lassen?“ fragte Nelba; ihre noch bleichen Wangen hatten sich vom Unmut gerötet. „All das wagt er dir zu bieten? Es ist empörend! Laß dich scheiden, nimm dein Kind, geh weg! Du darfst nicht bleiben. Es ist Schwäche. Ich ertrüge das nicht, ich wäre zu stolz!“

„Ich bin auch stolz.“ Auf dem Gesicht der jungen Frau zeigte sich keine Spur von Farbe. „Aber anders frag. Ich mag nicht, daß sie von ihm sagen, er hat schlecht gehandelt; meine Felicitas soll nicht über ihren Vater rot werden. Ach, Nelba, was man einmal lieb gehabt hat, das möchte man nicht in den Augen anderer heruntergesetzt sehen, man möchte nicht, daß sie häßlich darüber reden!“

Fortsetzung folgt

Neues vom Tage.

Rücktritt.

W. B. Berlin, 25. Nov. Der Reichsernährungsminister Dr. Müller-Born ist von seinem Posten zurückgetreten (siehe Reichstagsbericht).

Rur noch Markenbrot für 1922/23.

München, 26. Nov. Bei der Ernährungsdebatte im bayerischen Landtag machte der Landwirtschaftsminister Wügelhofer wichtige Mitteilungen. In Berlin trete jetzt die Zwangsgerkommission zur Festsetzung des Preises für weitere zwei Sechstel des Umlagegetreides zusammen. Da außerdem bis auf weiteres Auslandsgetreide eingehen werde, dürfte bis Mitte April so viel Getreide verfügbar sein, daß die Markenbrotversorgung bis zum 15. August gesichert sei. Für das nächste Jahr könne die Zwangswirtschaft für Brotgetreide nicht mehr aufrecht erhalten werden, weil die Reichsgetreidekasse Milliardendefizite hat, was von der Garantiekommission nicht mehr gebilligt wird.

Englischer Einspruch.

London, 26. Nov. Die englische Regierung erhebt Einspruch gegen die Sonderbesteuerung von Ausländern in Deutschland, weil ein solches Vorgehen eine Verletzung des Versailleser Vertrages darstelle.

Die österreichische Finanzkontrolle genehmigt.

Wien, 26. Nov. Der Nationalrat erteilte in momentlicher Abstimmung mit 103 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und der Deutschen Bauernpartei gegen 48 Stimmen der Sozialdemokraten den drei Genfer Protokollen seine verfassungsmäßige Genehmigung.

Rücktritt der griechischen Regierung.

Athen, 26. Nov. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die politische Lage ist äußerst verwickelt. Die Ministere sind in der Frage der wegen Hochverrats angeklagten Minister zu keinem Zugeständnis bereit.

Das türkische Programm.

Lausanne, 26. Nov. Die Vorschläge, die der türkische Delegierte Ismet Paşa in der ersten Kommission für territoriale und militärische Fragen unterbreitete, betreffen u. a.: 1. die Türkei verlangt die Rückkehr auf die Grenzen von 1913; 2. sie verlangt den Bahnhof von Adrianopel; 3. die Entmilitarisierung einer Zone an der Mariza; 4. einen wirtschaftlichen Zugang zum Meer entlang der Mariza für die Bulgaren. Die Modalitäten in den beiden letzten Punkten sollen von einer besonderen Kommission festgesetzt werden; 5. Volksgemeinschaft in West-Thrazien.

Die Polizeiverwaltung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. Nov. Nach einer Unterredung zwischen den alliierten Oberkommissaren und Riffet Paşa wurde beschlossen, daß die alliierte Polizei von Konstantinopel aufgehoben werden solle. Die gesamte Polizeitätigkeit wird an die Türken abgetreten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 27. November 1922.

Schneefall. Dem eisigen Sturm des gestrigen Tages folgte am Abend und über Nacht Schneefall, der der Erde das Winterkleid anlegte und eine ca. 10 Zentimeter tiefe Schneedecke über sie warf. Heute früh konnte man schon Pferdebeschlitten durch die Stadt fahren sehen, etwas früh, schon im November!

Der Totensonntag bürgerlich mehr und mehr auch in Süddeutschland ein und es ist erfreulich, daß dabei der Gedanke des Releges besonders gedacht wird. Schon in der Frühe spielte in dankenswerter Weise die Stadtkapelle am Kriegdenkmal einige passende Lieder. Im Gottesdienst wurde neben den Losen der Gefallenen besonders gedacht und hiernach veranstaltete der Aeltestenrat am Gedächtnismal der Gefallenen unserer Stadt eine Trauungsfeier, bei welcher Hauptlehrer Schwarz eine Ansprache hielt und Liederkreis und Harmonie Lieder vortrug und zwar trotz des eiligen Windes auf der lustigen Höhe des Denkmals. Es wäre erfreulich, wenn bis Mitte würde und solche Veranstaltungen jeweils an den Totensonntagen des Jahres stattfinden. Ihrer, die ihr Leben fürs Vaterland gegeben haben, zu gedenken, soll uns der Totensonntag immer besonderer Anlaß sein.

Santen und „heimatlos“. Unter dem Namen „Santen“ veranstaltet die Zentralsektion für Wohltätigkeit in Württemberg in den nächsten Wochen, vor allem in der Woche vom 26. November bis 2. Dezember, ein großes Hilfswerk insbesondere für den schwer mitleidenden Mittelstand. Das Kulturministerium hat auf Ersuchen der Zentralsektion die Schulvorstände und die Lehrer in allen Schulen beauftragt, die Schüler sämtlicher Klassen auf die große und noch immer steigende Not gewisser Bevölkerungsteile, hauptsächlich bei alten und gebrechlichen Personen, und auf die Bedeutung der Sammlung eindringlich hinzuweisen und auf diesem Wege auch die Eltern ihrer Schüler für eine möglichst weitgehende Unterstützung des Hilfswerks zu erwärmen.

Entschädigungen für Tierverluste. Das Ministerium des Innern hat den seither auf 20 000 M. festgesetzten Höchstbetrag der Entschädigung für Pferdeverluste infolge von Kopfkrankheit oder ansteckender Blutarmit mit Wirkung vom 1. November ab auf 100 000 M., vom 1. Dezember ab auf 150 000 M., und vom 1. Januar ab auf 200 000 M. erhöht. Die Entschädigungen für Riegen, die an Maul- und Klauenseuche oder an einer Nashkrankheit gefallen sind oder als voraussichtlich unheilbar geschädigt werden müssen, ist verdreifacht worden.

L. C. Festsetzung des Milchpreises. Am Samstag ist der Milchpreis für Dezember neu festgesetzt worden. An den Verhandlungen im Haus der Landwirte haben teilgenommen die Vertreter der Milchbedarfsvereine, der Landwirtschaftskammer, des Schwäbischen Bauernvereins, der Milchproduzentenvereine und des „Landw.“ Hauptverbands. Angesichts der seit der letzten Preisfestsetzung eingetretenen Geldentwertung kam man überein, den Preis auf 80 M. pro Liter ab Stall zuzüglich einem Vertragszuschlag von 5 M. festzusetzen. Damit wurde den Forderungen der Erzeuger entsprochen, die durch ihre Vertreter darauf hinweisen ließen, daß sie auch bei diesem Preis im Dezember nicht auf ihre Gefehungskosten kommen werden, daß ihre Forderungen aber trotzdem ermäßigt worden seien durch die Rücksichtnahme auf die allgemeinere Lohnverhältnisse entsprechende Wirtschaftslage der Verbraucher.

L. C. Lohnerhöhung in der Landwirtschaft. Ab 15. November sind sämtliche Löhne in der Landwirtschaft, wie sie seit 1. Oktober in Geltung waren, um 85 Prozent erhöht worden. Mit Rücksicht auf die Wochenlöhner läuft das Abkommen vom 13. November.

Hallesbach, 26. Nov. (Brandfall.) Gestern Vormittag 1/10 Uhr brach in dem Anwesen von Wilhelm Helber, Schreinermeister, Feuer aus, dabei wurde der Dachstuhl des Wohn- und Oekonomieggebäudes, in welchem Heu- und Strohvorräte lagerten, vollständig zerstört. Die hiesige Feuerwehr war rasch zur Stelle und löschte das Feuer. Auch die Bedienung von Nagold traf mit der Aufsicht ein, brauchte aber nicht mehr in Aktion treten. Die Ursache des Brandes soll kurzschluß sein.

Nagold, 26. Nov. (Gemeindefestwahl.) Nach vorausgegangenem Besprechungen einigen sich die bürgerlichen Parteien auf einen Wahlortschluß.

Bad Teinach, 24. Nov. (Amerikanerpenne.) Eine große Freude ruhe von Deutsch-Amerikanern der Gemeinde Teinach bereitet. Dieser Tage erhielt Schulheiß Reyle einen Brief von den Geschw. J. Schumacher u. Frau Marie Brenner aus Reary (Nordamerika), in welchem diese mitteilen, daß für ihre Heimatgemeinde ein Betrag von 275 000 Mark zu gütlicher Verwendung unterwegs sei. Die Verwendung des Geldes soll in erster Linie den Armen und Hilfsbedürftigen hiesiger Gemeinde zugute kommen.

Fresenbach, 25. Nov. (Hotelbierdiebstahl.) Vor einigen Tagen logierte sich im Hotel „Röhre“ ein Herr ein. Am anderen Morgen verschwand der Gast mit mehreren umfangreichen Paketen, um mit dem ersten Zug wieder abzufahren. Der Hausdiener schöpfe Verdacht und untersuchte das Hotelzimmer, das der Abreisende bewohnte. Beim Betreten machte er die unliebsame Entdeckung, daß verschiedene Wäschstücke und sonstige Gegenstände fehlten. Er benachrichtigte sofort das Landjägerkommando, dem es gelang, die Pakete, die der Dieb beim Entweichen der Landjäger aus dem Hofster warf, dem geschädigten Hotel zurückzugeben. Der Dieb selbst konnte sich durch Flucht der Festnahme entziehen, doch sind seine Personalien festgesetzt.

Stuttgart, 26. Nov. (Preise für Getränke und Weißbrötchen.) Vom Landespolizeiamt wird uns geschrieben: Der Stuttgarter Wirtverein hat neulich Mindestpreise für Getränke und Weißbrötchen bekannt gegeben, die in keinem angemessenen Verhältnis zu den Gefehungskosten und dem heutigen Geldwert stehen. Gleichzeitig hat der Verein alle Wirte aufgefordert, im Interesse der Einheitlichkeit diese Mindestpreise unbedingt einzuhalten. Dieses Vorgehen ist der unzulässige Versuch, die gesamten Folgen der Teuerung, soweit sie die Wirte in Mitleidenschaft zieht, wie üblich auf die Verbraucher abzumwälzen. Diese haben Anspruch auf Schutz gegen diese Art strafbarer Preistreibererei. Das Wucheramt hat deshalb in wirksamer Weise eingegriffen und warnt die Wirte nachdrücklich davor, diese Preise zu übernehmen.

Stuttgart, 26. Nov. (Verhaftete Wirte.) In der vor einigen Tagen erwähnten Bekanntgabe des Stuttgarter Wirtvereins betreffend Mindestpreise für Wein, Obstmost und Brötchen, worin das Landespolizeiamt eine Anreizung zur Preistreibererei erblickte, teilt die „Deutsche Wertszeitung“ jetzt noch folgendes mit: Infolge der Veröffentlichung ist der Vorsitzende des Stuttgarter Wirtvereins, Alfred Mayer (zur Liederhalle) von zwei Beamten aus seinem Geschäft weggeholt und auf das Landespolizeiamt verbracht worden. Erst dort wurde ihm der Grund seiner Festnahme mitgeteilt, und er wurde hierauf wie ein gewöhnlicher Verbrecher in das Stadtdirektionsgefängnis eingeliefert, wo er die Nacht zubringen mußte. Auch der zweite Vorsitzende des Vereins, Fritz Steffel (zum König von Württemberg), und der Geschäftsführer des Verbands, Verbandsssekretär Jened, wurden zur Vernehmung durch Polizeibeamte auf das Landespolizeiamt verbracht und über 6 Stunden dort festgehalten. In einer Versammlung des Stuttgarter Wirtvereins hat das einen ungeheuren Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Von der Versammlung wurde eine ausreichende Sühne für dieses unehrliche Vorgehen verlangt.

Ein dankbarer Leser. Die Landesbibliothek hat von einem Benutzer, bei dem es jetzt 30 Jahre werden, daß er regelmäßig in der Bibliothek ein- und ausgeht, 30 000 M. als Spende erhalten.

Waihingen a. G., 26. Nov. (Tödlicher Unfall.) Im Steinwerk von Barchel war der 28 Jahre alte verheiratete Arbeiter August Fiedler von Kofen an dem Steinauszug mit Bugen beschäftigt, als sich der Auszug plötzlich in Bewegung setzte. Durch die herabfallenden Steine wurde Fiedler schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.

Gmünd, 26. Nov. (Rücktritt.) Oberbürgermeister Röhlert will Ende des Jahres sein Amt niederlegen, da er nächstens 70 Jahre alt wird. Die Neuwahl soll in den ersten Monaten des neuen Jahres stattfinden.

Schwemlingen, 26. Nov. (Streik.) Seit letzten Donnerstag mittag stehen wegen Lohnforderungen die hiesigen Bauarbeiter im Streik.

Heresheim, 26. Nov. (Jagdrecht in natura.) In Nöttingen wurde neulich die Gemeindegeld auf 66 Jahre verpachtet und zwar nicht nach Geld, sondern nach Hasen; für jährlich 381 Hasen zu 7 Pfund pro Stück nach dem Preise vom 1. Dez. 1. J., das wären, in Geld umgerechnet, den Hasen zu 1000 M. genommen, 381 000 M. für das Jahr 1923.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Angriff auf die Entente-Kommission. Das Eintreffen einer zur Kontrolle der Munitionsanstalt bestimmten Entente-Kommission im Automobil, bestehend aus französischen und italienischen Offizieren, sowie einem deutschen Begleitoffizier, rief in Pöchlarn einen großen Menschenauflauf hervor. Der Begleitoffizier suchte die Menge zu beruhigen. Eine Armbedeutung eines Franzosen wurde von der Menge als Griff nach der Pistole gedeutet. Hierauf setzte ein Sturm auf das Auto ein, das demoliert wurde, wobei sämtliche Fenster scheiterten in Trümmer gingen. Die Autobereifung wurde durchschnitten. Unter dem Geschrei der Menge mußte die Kommission unrichtiger Dinge den Rückzug antreten. Die Szene spielte sich in so kurzer Zeit ab, daß ein behördliches Einschreiten nicht möglich war.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Samstag in Berlin 7206,93 G., 7243,07 Br., in Frankfurt 7231,85 G., 7267,15 Br. 1 Schweizer Franken = 1327,65 G., 1334,35 Br. 1 französischer Franken = 512,75 G., 515,25 Br. 1 belgischer Franken = 468,80 G., 471,20 Br. 1 holländischer Gulden = 2847,85 G., 2862,15 Br. 1 italienischer Lira = 339,15 G., 340,85 Br. 1 englisches Pfund Sterling = 32 418 G., 32 561 Br. 100 österreichische Kronen = 10,02 G., 10,08 Br. 1 tschechische Krone = 231,85 G., 233,15 Br. 1 dänische Krone = 1456,35 G., 1463,65 Br. 1 schwedische Krone = 1925,15 G., 1934,85 Br.

Weizenpreis. Die Südd. Mühlenvereinigung hat den Weizenpreis für Weizenmehl Spez. 0 auf 44 700 M. ermäßigt.

Zur Gütertariferhöhung. Die zum 1. Dezember eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst. Hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Frankreich verlangt Sanktionen wegen dem Zwischenfall in Jugoslawien.

W. B. Paris, 26. Nov. Dem „Reit Parisien“ zufolge hat General Nollet infolge des Zwischenfalls in Jugoslawien die deutsche Regierung eine Note überreicht, die eine Untersuchung und Sanktionen gegen die Personen verlangt, die den Aufstand in die Wege geleitet haben.

Vor einer 100%igen Erhöhung der Postgebühren.

W. B. Berlin, 26. Nov. Der Reichspostminister besitz den Reichsminister beim Reichspostministerium zum 28. ds. Mts. ein. Zur Beratung soll unter anderem eine Vorlage des Ministeriums über die neue Gebührenordnung kommen. Infolge der Geldentwertung ist eine 100%ige Erhöhung aller Gebühren mit Ausnahme der Fernspreckgebühren vorgesehen. Bei den Fernspreckgebühren sollen die Gesprächs- und Nebengebühren verdoppelt und die Ferngebühren um das 2/3 fache erhöht werden.

Polenverhandlungen um die Früchte des Sieges.

W. B. Paris, 27. Nov. Bei der Einweihungsfeier eines Kaiserdenkmals in Pouligny hielt Ministerpräsident Poincare eine Rede, in der er noch den üblichen Vorwürfen gegen Deutschland und Oesterreich zum Vorhinein in Frankreich aufbelebte. Der Ende des Jahres würden sich Frankreich und seine Alliierten vor die ersten auswärtigen Probleme gestellt sehen und wichtige Entscheidungen zu treffen haben, von denen größtenteils die Zukunft Frankreichs abhängt. Er persönlich sei von der Größe der zu lösenden Schwierigkeiten zu überzeugt, um nicht die Streitigkeiten zu begraben, die die Handlungsfreiheit Frankreichs beeinträchtigen könnten. Er fordere deshalb alle guten Bürger auf, sich um die Regierung der Republik eng zusammenzuschließen, damit diese in den Stand gesetzt werde, Frankreich endlich die Früchte des Sieges und die Wohltaten des Friedens zu gewährleisten.

Immer gegen Deutschland.

W. B. Paris, 27. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington sind dem amerikanischen Volkstaster in Paris Anweisungen übermittelt worden, bei der französischen Regierung vorstellig zu werden wegen eines zur Zeit vor dem französischen Senat schwebenden Gesetzentwurfs, der den Übergang von Grundeigentum in Frankreich in ausländische Hände von einer Genehmigung der französischen Regierung abhängig macht. Der Gesetzentwurf wird als nachteilig für die amerikanischen Interessen betrachtet. — Redaktionell sagt das Blatt hinzu, in französischen amtlichen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß die Maßnahme sich gegen ehemalige feindliche Ausländer nicht, dagegen Angehörige von Staaten, die während des Krieges an der Seite Frankreichs gekämpft haben, nicht treffen solle.

Eine Pöchlarn-Verurteilung.

W. B. Berlin, 27. Nov. Eine große Pöchlarn-Verurteilung wurde gestern von Polizeibeamten in einem Lumpenkeller im Nordosten Berlins aufgehoben. Als die Beamten in einem Hinterraum einen großen Haufen Lumpen durchsuchen wollten, wurden ihnen von dem Inhaber des Kellers 20 000 Mark geboten, wenn sie von einer weiteren Durchsuchung absehen würden. Unter dem Lumpenhaufen wurde das ganze Fälschermaterial vorgefunden, darunter Stempel des polnischen Generalkonsulats in Berlin, eines amerikanischen Notars, des polnischen Generalkonsulats zu München usw. Inhaber des Lumpenkellers sind zwei polnische Staatsangehörige.

Für die Sachrichtigkeit verantwortlich: Ludwig Reul, Druck und Verlag der B. Necker'schen Buchdruckerei Altensteig.



Ärmliche Bekannmachungen.

Sofortige Ablieferung des Umlagegetreides.

Von der Landesversorgungsstelle Stuttgart, Abteilung Getreide, wurde das Getreidelieferfoll unseres Bezirks von 1250 Dgr. auf 990 Dgr. herabgesetzt. Durch diese Ermäßigung sind wir in der Lage, die Gemeinden mit schlechtem Ernteertrag zu berücksichtigen und von ihrem bisherigen Lieferfoll etwas nachzulassen.

In Anbetracht der geringen Getreidevorräte über die das Reich verfügt, verlangt die Landesversorgungsstelle Stuttgart, daß bis Ende d. Mts. unbedingt $\frac{1}{2}$ des bisherigen Lieferfolls abgeliefert werden muß. Bei nichtrechtzeitiger Ablieferung seitens der Erzeuger wird nicht nur das erste Viertel, sondern die ganze zu liefernde Menge gemäß § 22 des Gesetzes vom 4. Juli 1922 enteignet und nur die Hälfte des Umlagepreises bezahlt.

Da die Gemeinden für die Aufbringung des Lieferfolls haftbar sind, werden die Ortsvorsteher aufgefordert, für pünktliche Ablieferung des Getreides an den Kommunalverband besorgt zu sein. Die Frucht ist krasses Lager des Kommunalverbands oder der nächsten Bahnstation zu liefern. Die Ablieferung des Getreides, welches von guter Beschaffenheit sein muß, kann jeden Werktag von 8—12 Uhr und von 2—5 Uhr erfolgen. Unsere Fruchtlager sind in Nagold Reitenfabrik Speidel, in Wildberg der Fruchtlosen und in Altensteig bei Kaufmann Frh. Bühler jr.

Landwirte, welche mehr als $\frac{1}{2}$ ihres Sojns abliefern, erhalten die für das zweite und dritte Drittel festgesetzt werdenden Preise nachbezahlt.

Nagold, den 25. Nov. 1922. Oberamt: Müng.

Am Dienstag, den 28. Nov. (Markttag), nachm. 2 Uhr bringe ich zur Versteigerung:



2 Herrenschlitten,

- 1 Herrenschlitten, Bierfaher,
- 2 Holzschlitten mit Anhänger
- 2 Paar Halbrad.

Frau Henzler, Güterbeförderers-Witwe
Altensteig.

Gesangbücher

vom einfachsten bis feinsten Lederband empfiehlt als passendes Weihnachtsgeschenk für Konfirmanden.

W. Kohler, Buchbinder.

Sämtliche Schulbücher und Schulartikel

bei Obigem.

Egenhausen.

Dankagung.



Für die wohlthuenden Beweise herzgl. Anteilnahme bei dem so raschen Hinscheiden meines lieben Gatten und Vaters, Bruders u. Schwagers

Jakob Welker

sagt im Namen der trauernden Hinterbliebenen herzlichsten Dank

die Gattin:

Marja Welker, geb. Hauser.



Wer

sparen will, der wasche mit Seifenpulver Schneekönig

1a rein wollene und halbwoollene

Wickelgamalchen

in verschiedenen Farben für Erwachsene und die Jugend (Zeufels Markgamalchen) sind in reicher Auswahl wieder eingetroffen und empfiehlt preiswert

Lorenz Luz jr.
Altensteig Telefon 46.

Selbe Dachhändlin

entlaufen.

Baronin Güttingen Bernegg.

Altensteig.

Davoser Schlitten
Kinderschlitten
Schlittschuhe

empfehlen
Paul Beck.

Polsterwolle

in verschiedenen Qualitäten fabrizieren

Rugler & Co.
Polsterwollfabrik
Wendlingen
O.-A. Göttingen,
Maßstab auf Wunsch.

Geflügel.

Freudenstadt: Carl Reichert,
Kaufm., 59 J.

Hoffelt.

Die Gemeinde verkauft einen zum Schlachten bestimmten

Farren



und wollen Ansehere nach lebendem Gewicht bis Donnerstag, den 30. ds. Mts., mittags 1 Uhr beim Amtamt abgegeben werden. Genehmigung bleibt vorbehalten.

Den 25. Nov. 1922.

Gemeinderat.

Altensteig.

Zum Spinnen u. Weben

nimmt fortwährend

Hanf, Flachs und Hechelwerg entgegen.

NB. Da in den nächsten Tagen eine Sendung abgeht, so bitte ich diejenigen, welche es noch missenden wollen, bis Dienstag (Markttag) zu bringen.

K. Kohler junior.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig Tel. 41.

und Filiale Simmersfeld

erhält für Mr. Schweinegalt



Universal-Futterkalk,
Sulerol, Fischtran, Knochen-
stärker.

Ausnahme-Angebot für Holzhauer!



Aus einem sehr günstigen Einkauf kann ich, solange die vorhandenen Mengen reichen, spätestens aber bis Samstag, den 2. Dez. anbieten:

Schrotäxte, ganz aus Stahl geschmiedet mit 11 Zentimeter breiter Schneide Nr. 8 = 2000 Gr. Nr. 9 = 2250 Gr.
1 Stück Mk. 1400.— 1550.—

Da die Tagespreise 3 mal höher sind, so ist es empfehlenswert, wenn von diesem Angebot ausgiebigen Gebrauch gemacht wird.

Karl Henzler senior, Eisenwarenhandlung. Tel. 15.

Gesangbücher

empfehlen

in solider Ausführung und großer Auswahl

für Weihnachtsgeschenke u. Konfirmanden

die

W. Kieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

+ Bruchleidende +

bedürfen keiner Operation oder eines lästigen Federbandes, wenn sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder, eigenes System, oder das Bruchband Kolumbus D.R.P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- u. Vorfalbinden, Geradehalter usw. Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung.

Für alle Bruchleidende persönlich zu sprechen in Nagold Mittwoch, 29. November, von 9—12 Uhr morgens im Hotel zur Post.

Band-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstr. 46

Altensteig.

Achtung! **Achtung!**

Am morgigen Markt werden im Gasth. z. Traube von vorm. 9—2 Uhr

alte Gebisse

sowie einzelne Zähne (Fleischsäge) zu allerhöchsten Preisen gekauft, und je nach Qualität Mk. 500.— pro Zahn und mehr bezahlt.

In den Maschinenaal unserer Scheinerei suchen wir tüchtigen

Borarbeiter

zu sofortigem Eintritt.
Maschinenfabrik Gebr. Dürer A.-S.
Rohrdorf.

In den Gemeinderatswahlen

empfiehlt sich zur Anfertigung von

Wahlzetteln und
Stimmblätter

die

W. Kieker'sche Buchdruckerei, Altensteig.

